



John C. Kornblum
6. Februar 1943. US-amerikanischer Diplomat. Geboren in Detroit. Studium der Fächer Deutsch und Politikwissenschaften an der Michigan State University. 1964 Beginn der Laufbahn im auswärtigen Dienst. Erste Verwendungen in Hamburg und Washington. 1969 in der Bonner US-Botschaft verantwortlich für Berlin und die Ostpolitik. Nach weiteren Stationen in den USA und in Deutschland während der Balkan-Krise US-Sonderbotschafter für Bosnien. 1997 Ehrenbürger von Sarajevo. 1997–2001 Botschafter der Vereinigten Staaten in Deutschland. Seit 2001 Deutschlandchef des Investmentbank Lazard in Frankfurt am Main.

John C. Kornblum

Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

„Die deutsch-amerikanische Partnerschaft: Eine Agenda für das neue Jahrhundert“

Herzlichen Dank für die sehr herzliche und freundliche Begrüßung.

Einige von Ihnen wissen vielleicht, dass es für mich immer eine besondere Freude ist, in Hamburg zu sein. Das Konsulat hier war mein erster Auslands-posten vor jetzt 34 Jahren. Es war meine erste Begegnung mit Deutschland und überhaupt das erste Mal, dass ich in Europa gewesen war. Sie können sich vorstellen, dass die Stadt viele Eindrücke bei mir hinterlassen hat. Schon damals war ich sehr beeindruckt von der Offenheit der Stadt, von der langen demokratischen Tradition und, zur gleichen Zeit, von dem Blick nach drau-ßen, der hier in Hamburg immer zu spüren und zu sehen war.

Ich den jetzt mehr als dreißig Jahren, seitdem ich in Hamburg war, bin ich mehrmals in Deutschland gewesen, war auf verschiedenen Posten, und auch in anderen Ländern, auch in Washington. Ich habe – für mich mindestens – das Glück gehabt, mich immer mit den Themen zu befassen, die für uns heute auch wichtig sind und die die amerikanischen Beziehungen zu Deutschland immer wieder gekennzeichnet haben.

Diese Hamburger Jahre waren tatsächlich der Anfang einer sehr langen Freundschaft, einer Freundschaft, die noch andauert und für mich – da bin ich sicher – noch viele positive Erlebnisse bringen wird. Ich brauche es eigentlich nicht zu erwähnen: Damals hätte ich mir nie erträumt, dass ich eines Tages diese Erinnerungen hier im Übersee-Club darstellen dürfte, und noch viel weniger, dass das in einem vereinten Deutschland, in einem vereinten Europa passieren würde. Das waren dramatische Erlebnisse während dieser letzten drei Jahrzehnte, Erlebnisse, die uns wirklich sehr, sehr weit gebracht haben.

In diesem Jahr werden wir den zehnten Jahrestag der großen Veränderun-gen von 1989 feiern, und zur gleichen Zeit werden wir dem Beginn eines neuen Jahrtausends entgegenblicken. Wir stehen mit einem Fuß in der Ver-gangenheit – unsere gemeinsamen Erinnerungen, aber leider auch Probleme, die noch aus der Vergangenheit stammen –, aber wir stehen auch mit einem sehr starken und selbstbewussten Fuß, falls ein Fuß selbstbewusst sein kann, in der Zukunft. Vieles hat sich schon geändert, vieles sehen wir schon, wie es in der Zukunft sein wird. Jetzt, da wir wirklich am Ende einer der schwierigsten, verwirrendsten Perioden der Menschheitsgeschichte und am Anfang eines Zeitalters stehen, das hoffentlich von beispiellosem Frieden und Fort-schritt gekennzeichnet sein wird, ist es tatsächlich sehr nützlich, das Erreich-te zu überlegen und eine Agenda für die Zukunft zusammenzustellen. Das wird heute Abend bei Ihnen mein Ziel sein.

Die Fortschritte sind uns klar. Europa ist im Großen und Ganzen frei und ungeteilt. Letzte Woche haben wir wieder etwas – mindestens für mich – Wunderbares erlebt, als Polen, die Tschechische Republik und Ungarn Mit-glieder der NATO wurden. Wer hätte das jemals denken können? Ich bestimmt nicht.

Wir sind jetzt fest am Anfang des so genannten Informationszeitalters, das neue Arbeitsmöglichkeiten schafft, aber auch Kanäle öffnet für Handel, für Ausbildung, für menschliche Kontakte. Ich glaube, wir können schon sehen, dass durch dieses Informationszeitalter Diktatoren eigentlich nicht mehr so existieren können wie in der Vergangenheit. Ihr Handwerk ist ihnen schwerer gemacht worden. Grenzen der Informationen existieren nicht mehr. Die inter-nationale Zusammenarbeit, gerade zwischen Deutschland und Amerika, im Bereich der Technologie, seien es Biotechnologie, Kommunikationstechno-logie, Raumfahrt, Automobile, wird immer tiefer, immer profitabler und

bringt unsere Länder näher zusammen. Wir entdecken neue Möglichkeiten, einen Dialog miteinander zu führen. Das heißt, die Hoffnungen sind sehr groß.

Aber wir wissen, es gibt nicht nur Herausforderungen, sondern auch schwierige Probleme. Nur ein Bruchteil der Weltbevölkerung genießt ein sicheres und ein freies Leben. Die weltweite finanzielle Integration, die sehr wichtig ist, kann sehr instabil sein. Und wenn Staaten, gerade der so genannten Schwellenländer, nicht lernen, auch ihre Finanzpolitik zu meistern, wird kein neues System – keine Kontrollen, keine Eckwerte – das Problem des Missmanagements ändern. Wir müssen auch mit diesen Ländern arbeiten, um uns darüber klar zu sein, warum eine gewisse Finanzpolitik notwendig ist. Es gibt – wie die Zeitungen uns leider jeden Tag klarmachen, und gerade heute ist so ein dramatischer Tag – immer Konflikte, auch in Europa, gewalttätige Konflikte, bei denen Menschen sterben und Staaten gegeneinander kämpfen.

Zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer haben wir unsere Institutionen ziemlich grundsätzlich reformiert. Wir haben unsere Methoden verbessert. Wir können jetzt wirklich eine Feinabstimmung der Politik und eine klare Definition der Ziele erreichen. Das gelingt uns aber nicht immer, aus verschiedenen Gründen, die sehr kompliziert sind. Aber was uns gelungen ist – und wenn wir zehn Jahre zurückblicken, war das nicht allen so klar –, ist, dass die atlantische Partnerschaft, die Zusammenarbeit zwischen den Demokratien in Nordamerika und nicht mehr nur Westeuropa, sondern auch Mittel- und Osteuropa, nicht nur das Fundament unserer Freundschaft und unseres Wohlstands bleibt, sondern tatsächlich das Fundament für eine Verbreiterung und Befestigung der Demokratie auf der ganzen Welt bildet.

Ich werde deshalb nicht versuchen, Ihnen heute Abend irgendwelche Visionen oder Rezepte zu geben, wie wir diese oder jene Institution ändern sollten, sondern ich werde mich bemühen, Ihnen eine Agenda darzustellen. Wir haben das Fundament. Dieses Fundament funktioniert. Aber wir stehen auch vor großen Problemen, die teilweise keine Definition haben. Andere Probleme, sagen wir den Umgang mit Diktatoren, die man nicht so leicht lösen kann, verbale Zusammenarbeit und auch Stärke. Deshalb meine ich, dass es doch wichtig und interessant ist, unsere Zusammenarbeit an Stelle von konkreten Zielen und Themen zu diskutieren, und das werde ich heute versuchen, indem ich vier Bereiche darstelle, die für mich – und ich meine, für uns alle – von besonderer Bedeutung sind.

Die erste Herausforderung – die wichtigste – ist die Bewahrung der Sicherheit. Über vier Jahrzehnte haben wir zusammengearbeitet, um unsere Sicherheit gegen einen starken und gefährlichen Gegner zu schützen. Das ist uns brillant gelungen. Aber jetzt gibt es andere Bedrohungen, die vielleicht nicht so dramatisch sind, die aber genauso gefährlich sein können. Heute sehen wir – wie ich gesagt habe – wieder regionale Konflikte: im Kosovo, auf dem Balkan, aber auch im Kaukasus, in Russland, am Persischen Golf. Leider ist die Liste sehr lang. Das Ende des Kalten Krieges hat lokale und regionale Konflikte auf eine sehr kuriose Weise wieder möglich gemacht. Sie bedeuten sehr oft eine besondere und sogar philosophische Herausforderung. Sind wir bereit, solche Konflikte zu akzeptieren, sie hinzunehmen, in eine andere Richtung zu schauen? Was heißt es denn, wenn zwei Völker oder zwei Bevölkerungsgruppen oder zwei Glaubensgruppen sagen, sie haben das Recht, militärische Mittel zu verwenden, weil ihre Vision, ihre Gemeinde oder ihre Zukunft irgendwie in Frage gestellt werden? Der Konflikt in Bosnien – der erste große Konflikt nach dem Ende des Kalten Krieges – lehrte uns, dass kein Land, einschließlich der Vereinigten Staaten, gegen diese Herausforderungen immun ist. Die Frustrationen in Bosnien lehrten auch die Europäer, dass ihre Einheit bis jetzt dem Test externer Konflikte noch nicht standhält. Es war ein Rückschlag für die europäische Einigung, was auf dem Balkan passiert ist. Ich glaube, wir alle haben gelernt, dass unsere Sicherheit unteilbar ist. Es gibt keine rein europäischen Konflikte. Es gibt aber auch keine Konflikte, bei denen Europäer sagen könnten: Na ja, die Amerikaner mischen sich da ein, aber uns geht das nichts an! Wie Sie sehen, wird das hin und wieder gesagt. Wir haben auch gelernt, dass wir unsere Methoden noch weiter

verfeinern müssen. Ganze Disziplinen von *peace-keeping* – friedenserhaltenden – Maßnahmen haben sich in den letzten zehn Jahren sehr viel weiter entwickelt. Aber – wie wir es heute wieder im Kosovo sehen – man kann sich nicht darüber im Klaren sein, ob man die richtigen Mittel erfunden oder benutzt hat. In den nächsten Tagen werden wir sehen, wie eine Strategie unter solchen Bedingungen aussehen kann.

Es gibt aber noch andere Probleme: Kriminalität, Waffenschmuggel, Drogen. Auch die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen ist nicht zu Ende gegangen, nur weil der Kalte Krieg ein Ende gefunden hat. Binnen zehn Jahren – von jetzt an – könnte zum Beispiel jede südeuropäische Hauptstadt sehr wohl innerhalb der Reichweite von ballistischen Raketen liegen, die aus näher gelegenen Regionen abgeschossen werden könnten. Und bis 2020 könnte das auf ganz Europa zutreffen. Das sind keine Alpträume oder Visionen, das ist Wirklichkeit, Realität, basierend auf Einschätzungen über Programme, die schon unterwegs sind, basierend – leider – auf Handel zwischen diesen und anderen Staaten, die diese hohe Technologie schon besitzen. Wie durch die Bombenanschläge auf die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania so tragisch verdeutlicht wurde, haben – vollbewaffnete – Gruppen den Willen, einen Anschlag mit möglichst großer Zerstörungskraft auszuführen, sodass es sich nicht um eine theoretische, sondern um eine echte Bedrohung handelt. Massenvernichtungswaffen in den Händen solcher Gruppen sind eine sehr große Gefahr. Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir jetzt, da wir in vier Wochen in Washington den fünfzigsten Jahrestag unseres Bündnisses feiern, unsere Strategie so konzipieren, dass diese Bedrohungen ins Auge gefasst werden und unsere Institutionen benutzt und reformiert werden, um gegen solche Bedrohungen arbeiten zu können. Das werden wir in Washington versuchen.

Die Vereinigten Staaten haben auch einige Vorschläge gemacht, der Art, dass – wie Außenministerin Albright es letzte Woche formulierte – „die Schicksale von Europa und Nordamerika untrennbar verbunden sind“. Aber diese Verbundenheit bedeutet nicht nur die Bekämpfung der alten Probleme aus der Zeit des Kalten Krieges, sondern gemeinsame Anstrengungen, um die neuen Herausforderungen zuerst zu definieren und ihnen dann entgegenzutreten. Ich glaube, wir haben dieses Ziel noch nicht erreicht. Uns fehlt eine Definition verschiedener wichtiger Elemente dieses Problems. Uns fehlt auch eine Koordination der Institutionen. Die NATO ist die Grundlage, aber in diesem Jahr wird die OSZE, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, ein Gipfeltreffen veranstalten, bei dem ihre Methoden verfeinert werden müssen. Die OSZE – ich war drei Jahre lang amerikanischer Vertreter bei der OSZE – ist die Organisation, die die Wahlen in Bosnien organisiert hatte, sie ist die Organisation, die jetzt die Überwachung im Kosovo durchführt, sie ist die einzige internationale Organisation, die Russland nach Tschetschenien hineingelassen hat, um dort zu vermitteln, also eine sehr wichtige Organisation – muss aber noch mehr Inhalt haben. Und natürlich ist die Europäische Union für uns, neben ihren vielen wichtigen Rollen, auch eine Institution der gemeinsamen Sicherheit; denn wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, muss es auch feste und wohlhabende demokratische Gesellschaften in vielen Teilen Europas geben. Die Europäische Union kann dieses Ziel unterstützen. Deshalb sage ich ohne Hemmung und sogar mit einer gewissen Dringlichkeit, dass die Erweiterung der Europäischen Union für uns sehr wichtig ist als ein Fundament der gemeinsamen Sicherheit.

Wir müssen aber nicht immer eine lange Debatte über unsere Institution haben. Wir müssen den Herausforderungen klar entgegenzutreten und auch handeln. Da ist öfter wieder eine Debatte über die Möglichkeiten, Entscheidungen zu treffen. Manchmal, das sage ich sehr offen, verlieren wir uns mit unseren europäischen Partnern in eine Debatte über Institutionen, über Völkerrecht, über Mandate. Ich wäre der Letzte, der sagen würde, dass das Völkerrecht nicht das Fundament unseres Handelns oder dass die UNO nicht der Rahmen für jede internationale Zusammenarbeit sei, aber ich stimme einer Äußerung von Bundespräsident Herzog voll und ganz zu, der Anfang dieses

Jahres in Davos erklärt hat: „Wer der NATO und den USA in diesen Fällen das Fehlen eines (UN-)Mandats vorwirft, muss sich zumindest fragen lassen, ob er Völkermord oder die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen geschehen lassen will, wann immer es einem Ständigen Mitglied des Weltsicherheitsrats gefällt, aus Gründen nationalen Interesses sein Veto einzulegen.“ Das werden wir in den nächsten Tagen vielleicht im Kosovo sehen, wo das eine oder andere Mitglied des Sicherheitsrates aus verschiedenen Gründen so ein Veto einlegen wird. Ich hoffe, das ist ein Appell an Sie und an unsere europäischen Verbündeten, dass man, wenn man so einen klaren Handlungsbedarf sieht, die Rolle der NATO und der westlichen Demokratien nicht mit den Zielen von Diktatoren vermischen wird. Wenn wir handeln, handeln wir nicht auf der Basis einer gemeinsamen Strategie, sondern auf der Basis von Jahrzehnten demokratischer Außenpolitik. Es gibt tatsächlich einen Unterschied, ob eine Staatengemeinschaft gegen Aggressionen und gegen die Gefahr von Völkermord handeln wird oder ob der eine oder andere Staat gegen die Interessen anderer arbeitet.

Wir hoffen auch, dass unsere europäischen Verbündeten nach draußen schauen werden, dass sie sehen werden, dass die Sicherheitsstrukturen der Vergangenheit angehören, in der die Vereinigten Staaten sozusagen doch eine „Sicherheitshaube“ um Europa gebaut und Europäer gesagt haben, was sonst auf der Welt passiere, sei nicht Sache der Europäer – dass sie jetzt einsehen werden, dass das zu revidieren ist.

Uns wird hin und wieder vorgeworfen, wir sollten unilateral handeln, das geht hin bis zum Vorwurf hegemonialistischer Tendenzen. Sie können sich vorstellen, dass ich diese Meinungen nicht teile. Aber wenn man jüngste Meinungsumfragen in den Vereinigten Staaten liest, dann sieht man, dass wir eine starke Bevorzugung von Multilateralismus und eine gesunde Skepsis vor unilateralistischen Aktionen haben. Neulich hat das berühmte Chicago Council on Foreign Relations sein Ergebnis einer fünfjährigen Meinungsumfrage veröffentlicht. Die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung, 57 Prozent, zeigte sich bereit für die Beteiligung an multilateralen Friedensmissionen, und eine noch größere Mehrheit, 72 Prozent, war der Auffassung, dass die Vereinigten Staaten als Reaktion auf internationale Krisen nicht im Alleingang handeln sollten, wenn sie nicht die Unterstützung der Verbündeten haben.

Daraus zieht man zwei Schlüsse: Erstens: Wir wollen wirklich nur mit anderen handeln. Aber natürlich gibt es eine zweite Konsequenz: Wenn andere nicht mit uns handeln, dann werden wir uns vielleicht zurückziehen. Diese Konsequenz sollten wir auch nicht begrüßen.

Wir haben das Gefühl, dass wir manchmal das einzige Land sind, das zu handeln bereit ist. Wir sind teilweise frustriert.

Hier in Hamburg gab es bestimmt viele Stimmen, die unsere Sanktionspolitik dem Iran oder Kuba gegenüber nicht unbedingt gut fanden. Das kann ich gut verstehen. Aber wenn man die Ursachen dieser Politik untersucht, wird man sehen, dass das kam, nachdem wir im State Department über einige Jahre versucht haben, eine gemeinsame Politik in dieser Richtung zu finden – leider ohne Erfolg.

Wir werden sehr eng zusammenarbeiten. Wir werden die institutionelle Entwicklung sehr genau verfolgen und sehr stark unterstützen.

Aber was wir noch vermissen und von dem ich hoffe, dass wir es in den nächsten Jahren auf der Basis unserer gemeinsamen Diskussionen entwickeln können, ist, wenn Sie so wollen, die Wiedergeburt eines Gefühls für eine strategische Vision in Europa, dass man nicht sagt: Zuerst müssen wir uns irgendwie abfinden innerhalb eines Gremiums!, sondern dass man auf Anhieb sagt: Dieses Ziel müssen wir gemeinsam erreichen, und diese Prinzipien müssen wir verteidigen! Im Endeffekt – in dieser neuen Ära – muss das das Fundament einer gemeinsamen Sicherheitspolitik sein. Institutionen sind wichtig. Kapazitäten, wie man in der NATO so schön sagt, sind auch wichtig. Man muss in der Lage sein, seine Politik durchzuführen. Aber man muss auch wissen, was richtig und was falsch ist. Man muss auch eine gewisse strategische Vision haben. Das ist an sich unser gemeinsames Ziel für die nächsten fünf bis zehn Jahre.

Eine zweite Herausforderung ist die Bewahrung von Wohlstand und wirtschaftliche Stabilität. In den letzten achtzehn Monaten haben wir beobachtet, wie finanzielle Turbulenzen sich rasch von Asien über Russland nach Lateinamerika ausgebreitet haben. Und wir haben gesehen, dass wir bereits Institutionen haben – wie zum Beispiel das IWF –, die durch ihre Maßnahmen bereits sehr viele Fortschritte erreicht haben. In Korea beispielsweise konnten wir erneut beträchtliche Wachstumsraten, die Ansammlung von 50 Milliarden Dollar an Reserven und eine Rückkehr zu erstklassigen Investitionskrediten beobachten. Auch in Thailand und auf den Philippinen geht es viel besser.

Diese Krisen haben gezeigt, auch wenn die Vorteile globaler Kapitalmärkte groß sind, müssen wir Wege finden, um die Störungen durch unvermeidliche Probleme zu verringern. Erster Schritt sollte die Stärkung internationaler Finanzinstitutionen sein, dass sie die Kraft und die Flexibilität haben, schnell und entscheidend zu reagieren. Wir müssen auch sicher sein – und das war ein großes Problem in Asien –, dass finanzielle Infrastrukturen transparent sind und solide Überwachungspraktiken eingeführt werden. Das alles kann nicht mehr geheim passieren.

Die Probleme, die durch zunehmend offene Märkte entstehen, dürfen nicht durch Rückzieher, Streichungen und Beschränkungen angegangen werden, sondern durch die Sicherung von Offenheit und eine gute Finanzpolitik in diesen Ländern. Sonst werden wir, wie man sagt, das „Baby mit dem Bade ausschütten“. Die Vorteile, die wir alle, auch unsere reichen Länder, durch dieses System genießen, könnten tatsächlich beeinträchtigt werden durch einen Versuch, die Nachteile überzukontrollieren.

Wir müssen zunehmend, genauso wie in der Sicherheitspolitik, über die ich eben gesprochen habe, auch in der Handels- und Finanzpolitik Transparenz, Protektibilität und Verantwortungsbewusstsein entwickeln. Das wird schwierig sein, aber es ist unseres Erachtens der einzige Weg.

Wie Sie wissen, gibt es auch unter uns Debatten über diese Fragen. Es gibt eigentlich für meine Botschaft in diesen Fragen kein besseres Beispiel als die Handelsstreitigkeiten, die wir jetzt miteinander austragen innerhalb der WTO, der Welthandelsorganisation. Man sollte sich daran erinnern, dass die Gründung der Welthandelsorganisation eine bedeutende Abkehr von der Art war, in der Handel bis jetzt getrieben wurde. Ich sage ganz offen: auch eine Abkehr von der amerikanischen Methode. Wir fühlten uns immer stark genug, sozusagen unilateral oder bilateral zu handeln. Das System multilateraler Schlichtungsmaßnahmen war bei uns etwas schwierig zu verkaufen. Wir sind von diesem System abgekommen. Durch die Unterzeichnung des WTO-Vertrags stimmten die Mitgliedstaaten einer Reihe durchsetzbarer Regeln, Verfahren und Standards zu – also Spielregeln. Wir alle haben das akzeptiert. Interessanterweise – das sage ich ohne Sarkasmus – haben die Vereinigten Staaten sorgfältig auf die Umsetzung der WTO-Entscheidungen hingearbeitet – selbst der gegen uns gerichteten. Viermal haben wir in streitigen Fragen vor der WTO verloren, und mindestens zwei dieser Fälle waren für uns sehr wichtig, und sie haben unsere Industrie sehr viel gekostet. Aber in jedem Fall haben wir mit der obsiegenden Partei Konsultationen über die Beilegung der Streitigkeiten geführt – und auch erfolgreich!

Zusätzlich zu den Streitfragen steht bei dem Funktionieren dieser Maßnahmen die Frage der Glaubwürdigkeit der WTO und dieser neuen Art von Handelsbeziehungen im Mittelpunkt. Wenn wir über Bananen oder hormonbehandeltes Rindfleisch reden, hat das natürlich mit wirtschaftlichen Interessen, aber auch mit der Glaubwürdigkeit dieser neuen Institution zu tun. Für uns, muss ich wieder sehr offen sagen, stellt sich die Frage: Wird die EU ihren Verpflichtungen nachkommen oder nicht? In beiden Fällen, Bananen und Rindfleisch, haben wir in verschiedenen Instanzen und bei verschiedenen Methoden viermal gewonnen! Viermal hat die EU es abgelehnt, mit uns zu konsultieren und zu handeln. Ich möchte unterstreichen: Die Methode innerhalb der WTO ist nicht, etwa einen Strafzettel auszuschreiben mit einer soundso hohen Gebühr, sondern die Methode ist, zu konsultieren und einen Weg zu finden, um Handelsstreitigkeiten beizulegen. Viermal hat die EU es

überhaupt abgelehnt, mit uns zu konsultieren. Das ist es eigentlich, was uns ärgert, wenn Sie so wollen, und was uns an und für sich sehr pessimistisch stimmt.

Diese Fragen sind besonders jetzt, in den Monaten vor dem WTO-Ministertreffen Ende des Jahres in Seattle, von erheblicher Bedeutung. Dies ist das dritte Mal seit Gründung der WTO 1995, dass sich die Wirtschaftsminister der Welt treffen.

Es gibt viele schwierige Fragen, auch zwischen uns, aber die wichtigsten Fragen sind die der Handelsprobleme, die auch auf der finanziellen Krise basieren. Es gibt zum Beispiel über 200 Abgeordnete im amerikanischen Abgeordnetenhaus, die bereit sind, ein Gesetzentwurf zu unterstützen, das Beschränkungen auf Importe von Stahl und Stahlprodukten legt. Ich sage ganz offen, das ist eine Sache, die den ganzen Weltmarkt beeinträchtigen würde und, nebenbei erwähnt, amerikanische Verbraucher benachteiligen würde, weil wir im Moment für Stahlprodukte ziemlich niedrige Preise genießen.

Aber Sie sehen, dass die Schwierigkeiten, die aus der neuen Zeit gekommen sind, bedeuten, dass die Handelsminister und die WTO-Mitgliedstaaten auch mit sehr viel Sorgfalt dieses System noch besser abstimmen müssen. Sie müssen auch durch ihr politisches Engagement Zeichen dafür setzen, dass offener Handel, Freihandel, freie Finanzmärkte tatsächlich der Zukunft gehören.

Wie Präsident Clinton letztes Jahr bei der WTO sagte, suchen wir, die Vereinigten Staaten, nach nichts Geringerem als „einer neuen Handelsvision für den Aufbau einer für das 21. Jahrhundert gewappneten WTO“. Ich glaube, hier in Hamburg, das von Handel und Finanz lebt, brauche ich nicht zu sagen, wie wichtig das ist, und ich brauche nicht zu erwähnen, wie sehr Ihr Leben und Ihre Geschäfte beeinträchtigt werden würden, wenn der Versuch, diese WTO nicht nur aufzubauen, sondern sie zu einem Erfolg zu bringen, scheitern würde.

Deshalb, um es sehr direkt zu sagen, sind Bananen wichtig: nicht nur, weil sie gesund sind – sie enthalten sehr viel potassium (Kalium) –, nicht nur, weil der deutsche Verbrauch von Bananen in den letzten fünf Jahren um 25 Prozent gesunken ist, verbunden mit einer – Herr Servatius weiß das – fünfundzwanzigprozentigen Aufhebung der Preise, also nicht nur, weil Sie darunter leiden, sondern weil es, wenn wir zu diesem wichtigen Zeitpunkt diese neuen Institutionen nicht unterstützen, vielleicht nicht mehr nur Bananen, sondern Chemikalien, Automobile oder wer weiß was sein werden. Über den Atlantik haben wir im Moment mit einigen wichtigen Ausnahmen schon fast einen freien Markt. Wenn man Landwirtschaft, Dienstleistungen und Kulturgüter ausnimmt, dann haben wir fast einen freien Markt. Ich hoffe wirklich, dass wir ihn nicht verlieren werden.

Die zweite Herausforderung ist also, unseren Wohlstand zu schützen und auszubauen.

Damit eng verbunden ist für mich die dritte Herausforderung, die sich uns stellt: die Verstärkung und Vergrößerung der Gemeinschaft demokratischer Staaten auf der Welt. Hier bietet sich uns natürlich ein großes Potenzial. Die neunziger Jahre dieses Jahrhunderts waren die Jahre der Demokratie. Freie Gesellschaften, freie Märkte, offene Gesellschaften sind viel weiter verbreitet als vor zehn oder fünfzehn Jahren. In vielen Teilen der Welt, nicht nur in Westeuropa und in den USA, ist Privatinitiative heute der Motor für Beziehungen zwischen Völkern. Sie ist das, was die atlantische Gemeinschaft zusammenhält. Aber wenn man Lateinamerika oder sogar Südostasien, Ost- und Mitteleuropa betrachtet, sieht man, dass Freizügigkeit von Menschen und Ideen, eine Mischung aus staatlichen und privaten Initiativen, schon eine neue Synthese bildet und dass die Festigung der Demokratie nicht nur von Wahlen abhängt, sondern auch von dem Unterbau, von dem Fundament, das gebaut wird.

Eine Erfahrung – das wird Sie nicht überraschen –, die ich während meiner Laufbahn gemacht habe, ist, dass Regierungen tatsächlich nicht allmächtig sind. Einige der wichtigsten Beiträge zur Lösung von Problemen der inter-

nationalen Beziehungen stammen aus dem Privatsektor oder von Nichtregierungsorganisationen.

Es gibt Dutzende von privaten oder halbprivaten Stiftungen in den USA und in Deutschland, die Unterstützung bei der Lösung von Problemen auf der ganzen Welt bieten. Einige untersuchen die Ursprünge von Konflikten. Andere arbeiten in sozialen oder in gesundheitlichen Bereichen. Sie alle gründen auf einem ganz einfachen Prinzip, das, wie Sie wissen, für Amerikaner sehr wichtig ist, und das ist: Privatinitiative ist besser als staatliche Initiative.

Das ist tatsächlich immer wieder bewiesen worden. Es zeigt sich natürlich vor allem in der Wirtschaft, dass Deutschland und Amerika jetzt tatsächlich den dynamischen Teil unserer Gesellschaften bilden. Wir wissen, wie wichtig die Fortschritte in Wissenschaft und Technologie, im Gesundheitswesen, im Ernährungswesen sind, die alle durch wirtschaftliche Entwicklungen, aber auch durch die Freilegung von Kräften zustande gekommen sind. Nehmen wir einige Beispiele in Mittel- und Osteuropa, wie Polen beispielsweise: Man sieht, wie rasch die Fortschritte sind, wenn man tatsächlich diese Kräfte freilegt.

Das heißt nicht, dass wir auf einmal sagen, es soll keine Regierungen geben, keine Gesetze – das wissen Sie, dass das nicht der Fall ist. Aber ich glaube, wir können alle von Privatinitiativen und auch von unseren jungen Generationen lernen. Es gibt eine neue Art von Selbstbewusstsein in unserer Welt. Es ist ein Selbstbewusstsein, das sich viel mehr auf eigene Fähigkeiten, eigene Ziele besinnt, aber auch auf ein Verantwortungsgefühl, das durch die Betätigung von Technologien und durch die Erkenntnis, dass man auch seine eigene Zukunft beeinflussen kann, hervorgerufen wird.

Ich habe mehrere Jahre mit den Disziplinen Konfliktverhütung und Friedenserhaltung verbracht, war auch einige Jahre eng mit Bosnien verbunden. In jedem dieser Fälle kann man erkennen, dass ein Hauptmerkmal solcher Konflikte ist, dass die eine oder andere Seite das Gefühl hat, Opfer zu sein, von anderen irgendwie unberechtigt benachteiligt worden zu sein, dass sie nicht das Gefühl haben, dass sie berechtigt sind oder die Kraft haben, ihre eigene Zukunft zu gestalten. In Amerika nennen wir das – es ist fast ein Modewort geworden – *empowerment*. Das ist sehr schwierig zu übersetzen. Empowerment heißt, dass man das Gefühl hat, seine eigene Zukunft in die eigenen Hände nehmen zu können, dass man sowohl die Berechtigung als auch die Mittel besitzt, um seine Zukunft zu gestalten. Wenn ich Europa mit den Vereinigten Staaten vergleiche, dann muss ich leider sagen, dass dieses Gefühl von empowerment auch in Europa nicht weit genug verbreitet ist, dass man immer noch das Gefühl hat, der Staat sei für die eigene Zukunft, die eigene Demokratie und auch die eigenen Ziele verantwortlich.

Ich bin fest überzeugt, dass eine Kombination aus technologischen Entwicklungen, neuen Herausforderungen und das Heranwachsen einer neuen Generation dieses Gefühl, machtlos und ohne Einfluss auf die eigene Zukunft zu sein, beseitigen wird. Das ist immerhin die Sicht aus dem Blick eines Amerikaners.

Aber wenn wir die phantastischen Möglichkeiten wirklich ausnutzen wollen und sollen – was uns jetzt bevorsteht –, müssen wir alle ein Gefühl von empowerment haben.

Und – wenn ich das sagen dürfte – Empfindungen wie „Amerikanischer Unilateralismus“ oder „Die Amerikaner wollen uns nur immer sagen, was wir mehr zu tun haben“ oder sogar, und ich weiß, dass das ein heikles Thema ist, „Irgendwie hat Amerika keine moralischen Werte, weil es die Todesstrafe hat“ – was wir in vielen Zeitungen gelesen haben, auch in Zeitungen, die in Hamburg gedruckt sind –, zeigen, dass wir auch noch eine Diskussion über Werte und Ziele in Methoden brauchen; denn man kann über verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen sagen, was man will, aber dass wir ein Fundament haben, wo auch jeder in diesem Staat in der Lage ist, seine eigenen Ziele zu erreichen, ist, meine ich, unbestreitbar.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir diese Diskussion führen. Das ist für mich die dritte Herausforderung.

Die vierte Herausforderung ist mit dieser verbunden: die Bewahrung der

Offenheit über unsere Probleme. Ich spreche von einer Weltsicht, dem Rahmen für die Sicht der Probleme und unsere Fähigkeit, alte Vorstellungen zu überwinden.

Viele sagen zum Beispiel, die USA und Europa könnten, weil der Kalte Krieg vorbei sei, auseinander driften. Sie können sich vorstellen, dass ich dem nicht zustimme. Das bedeutet nicht, dass wir nicht Differenzen haben werden – stellen Sie sich wieder die „berühmten“ Bananen vor. Das bedeutet aber, dass das Fundament schon so stark ist, dass wir bereit sein sollten, solche Differenzen auf der Basis dieser Offenheit auszutragen.

Wir brauchen wieder nur die Bezahlung der Wirtschaft anzuschauen. Amerikanische Investitionen in Europa und deutsche Investitionen in Amerika belaufen sich heute auf über 750 Milliarden Dollar, das sind 500 000 Arbeitsplätze in Deutschland, die von amerikanischen Investitionen abhängig sind. Aber es sind auch beinahe 500 000 in den USA, die von deutschen – nicht europäischen – Investitionen abhängig sind. Jeder zwölfte amerikanische Fabrikarbeiter ist heute bei einer europäischen Firma beschäftigt. Und die Investitionen der Vereinigten Staaten in Europa machen fast die Hälfte unserer Gesamtinvestitionen in der Welt außerhalb unserer Grenzen aus, also eine gewaltige Verbindung, die wir haben.

Auf dieser Basis kommt auf uns jetzt eine neue Aufgabe zu, das ist die gemeinsame Bewältigung der gesellschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen Probleme. Das ist ein Bereich, der für mich als Diplomat ganz neu ist. Ich verbringe im Moment sehr viel Zeit mit diesen Fragen. In den letzten beiden Jahren habe ich an zahlreichen Konferenzen und gemeinsamen Projekten teilgenommen, die nicht zu den traditionellen Aufgaben eines Botschafters gehören. Die Rentenreform ist ein Beispiel – ein Thema, das mich, leider, zunehmend interessiert –, die Gesundheitsreform, die Biotechnologie. Neulich hatten wir eine sehr interessante Konferenz über die Kürzungen der Staatsausgaben und Haushaltsdefizite in westlichen Staaten. Im nächsten Monat wird die Amerikanische Botschaft zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung in Berlin eine Konferenz über die sich verändernde Arbeitswelt fördern. Also: Was ist Arbeit in dieser neuen Ära?

Diese Themen bereichern unseren transatlantischen Diskurs. Sie zeigen nicht nur, wie sehr unsere Gesellschaften miteinander vernetzt sind, sondern sie sind auch unerlässlich, wenn wir diese Probleme meistern sollen. Wenn man hier zum Beispiel über die Rentenproblematik redet und sogar gewisse große Schwierigkeiten sieht, ist es wichtig zu wissen, dass Sozialpolitiker in den USA, in Japan und in Kanada vor genau denselben Problemen stehen.

Das hilft uns, erstens, gegenseitige Verständigung zu bauen, und zweitens, diesen großen Herausforderungen gerecht zu werden.

Ich meine, dass Leute wie ich, aber auch Menschen wie die Zuhörer hier, in den nächsten Jahren viel, viel mehr Zeit mit solchen Fragen verbringen müssen, nicht nur mit Überlegungen der Art: Wie hoch wird meine Rente?, sondern: Wie können wir die internationale Zusammenarbeit gestalten? Wie können wir von anderen lernen? Wie können wir unseren Dialog stärken?

Das ist für mich auch ein positives Zeichen für die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Partnerschaft; denn wenn es zwei Nationen auf der Welt gibt, die auf der Basis von familiären und kulturellen Fundamenten, aber auch auf der Basis der gelungenen Zusammenarbeit über die letzten fünfzig Jahre existieren – wenn es zwei andere Nationen gibt, die mehr Potenzial besitzen als wir, möchte ich sie kennen lernen; ich kenne sie wirklich nicht –, meine ich, es sind unsere Länder. Wir sind der Kern der transatlantischen Gemeinschaft, aber wir sind sozusagen auch das pragmatische Element. Vielleicht hätten wir es anders haben wollen, aber Tatsache ist, dass wir uns über fünfzig Jahre mit Herausforderungen auseinander setzen mussten: mit dem Wiederaufbau Europas und Deutschlands, mit Herausforderungen durch die Berliner Blockade, mit der Bedrohung, die die Präsenz von mehr als 400 000 sowjetischen Truppen auf deutschem Boden darstellte, mit der Entwicklung der D-Mark in der deutschen Wirtschaft und, am Ende dieser Phase, erfolgreich und offen natürlich mit der deutschen Wiedervereinigung.

Das sind jetzt, da wir hier sitzen, am Ende des Jahrhunderts, fast Träume – Träume, die wir vor zwanzig, dreißig Jahren nicht geträumt haben. Aber das waren auch – und ich kann das bestätigen als einer, der sehr oft daran teilgenommen hat – Zeichen, nicht nur von Freundschaft oder Partnerschaft, sondern von etwas viel Wichtigerem: von der Fähigkeit, sich an einem Tisch zusammensetzen und Lösungen auszuarbeiten. Natürlich hat es Gefahren gegeben, natürlich arbeiteten wir teilweise unter dem Druck der Ereignisse. Aber wieder kann ich als einer, der dabei war, sagen, dass wir auch sehr schnell und sehr erfolgreich zu gemeinsamen Lösungen gekommen sind und dass wir immerhin etwas sehr Großes erreicht haben.

In diesem Jahr, in dem wir auch den fünfzigsten Jahrestag der Bundesrepublik sowie den fünfzigsten Jahrestag der NATO feiern, können wir, glaube ich, sehen, dass die Zukunft eigentlich sehr positiv zu gestalten ist, wenn wir nicht vergessen, wie wir zu diesem Punkt gekommen sind: durch unser demokratisches System, durch die Offenheit, durch die Bereitschaft, pragmatisch an Probleme heranzugehen, und vor allem durch die Bereitschaft, bei allen Schwierigkeiten und allen historischen und politischen und kulturellen Debatten, die es immer gibt, uns immer noch hinzusetzen und zu sagen: Das können wir lösen. Ich bin sicher, dass die Erfahrungen in den kommenden Jahren dieselben sein werden. Wenn wir Erfolg haben, diese Herausforderungen richtig zu definieren, werden wir sehen, dass uns bei allen schönen Errungenschaften, die wir zusammen in der Vergangenheit hatten, das Beste noch bevorsteht. ■